

Vorschlag „SPD-Fraktion“:

Resolution aus der Mitte des Heidelberger Gemeinderates an die EU-Kommission und das Europaparlament

Wasser und sanitäre Grundversorgung sind Menschenrechte. Der führende Qualitätsstandard des Trinkwassers in Deutschland ist nicht zuletzt auf die von den Kommunen verantwortete Wasserversorgung und Abwasserentsorgung zurückzuführen. Es ist sicherzustellen, dass diese bewährten Strukturen auch in Zukunft erhalten werden.

Der Gemeinderat der Stadt Heidelberg appelliert an die EU Kommission und das Europaparlament die Wasserversorgung vom Anwendungsbereich der Richtlinie auszunehmen oder die Richtlinie zumindest so zu gestalten, dass auch weiterhin eine ausschreibungsfreie Vergabe möglich ist.

Außerdem fordert der Heidelberger Gemeinderat alle Kommunen und die Städtetage auf, sich mit Resolutionen zum Schutz der Wasserversorgung zu engagieren und an die EU Kommission und das Europaparlament zu richten.

Begründung

Wasser ist ein öffentliches Gut und keine Ware!

Die Wasserversorgung ist ein lebenswichtiger Bereich der städtischen Infrastruktur. Sie muss deshalb in kommunaler Hand bleiben.

Die EU Kommission hat eine Erleichterung der Privatisierung der Wasserversorgung vorgeschlagen, das Europäische Parlament hat das mehrheitlich beschlossen.

Gegen diese Richtlinien hat sich bereits früh Widerstand geregt: Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und Umweltverbände in Europa haben eine EU-Petition auf den Weg gebracht, um eine erneute Beratung zu veranlassen.

Mehr als 1,5 Mio. EU-BürgerInnen unterzeichneten die Petition, allein in Deutschland 1,2 Mio. Auch in sieben weiteren Ländern wurde die nötige Zahl an Unterschriften erreicht. Damit ist sie die erste erfolgreiche EU-Petition seit diese Möglichkeit der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene besteht.